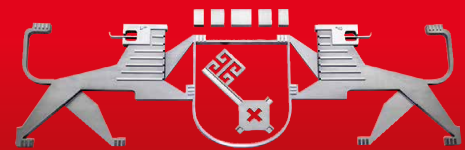


# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 8. DEZEMBER 2022



## ANTRAG **MEHR UNTERSTÜTZUNG** FÜR PFLEGENDE KINDER UND JUGENDLICHE

**„Zehn Prozent aller pflegenden Angehörigen sind Kinder und Jugendliche. Fast eine halbe Million Kinder und Jugendliche in Deutschland übernehmen Pflegeverantwortung in ihren Familien“, sagte die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, heute in ihrer Rede in der Bürgerschaft. Die Situation dieser jungen Menschen zu verbessern, ist das Ziel eines Antrags der rot-grün-roten Koalition, den die Bürgerschaft heute auf Initiative der SPD-Fraktion einstimmig beschlossen hat.**

Studien zufolge gebe es in jeder Schulklasse in Deutschland durchschnittlich ein bis zwei Schüler:innen, die Angehörige pflegen – so genannte Young Carer –, erläuterte Pfeiffer. „Mitpflegen“ sei hier zumeist der richtige Ausdruck, denn in der Regel gebe es eine erwachsene Hauptpflegeperson. „Durchschnittlich sind diese Kinder und Jugendlichen bis zu zwölf Jahre lang mit Pflegeaufgaben betraut, das heißt oft bis ins Erwachsenenleben hinein – neben Ausbildung und Studium“, sagte Pfeiffer.

Young Carer übernehmen dabei hauswirtschaftliche Tätigkeiten, betreuende, administrative und auch pflegerische Aufgaben, wie sie erwachsene pflegende Angehörige verrichteten. Mit dem Alter stiegen Anzahl und Komplexität der Aufgaben“, sagte die Sozialdemokratin und hob hervor, dass es in den allermeisten Fällen nicht die Eltern seien, die ihre Kinder in die Carearbeit einbänden oder gar dazu verpflichteten, sondern die Kinder und Jugendlichen selbst wollten dazugehören und helfen. Problematisch werde dies, wenn die Young Carer überfordert seien, mit der Tätigkeit selbst oder mit dem zeitlichen Umfang. Pfeiffer: „Zwischen normaler familiärer Unterstützung und einer Überforderung verläuft ein schleichender Übergang. Aus Studien und Erfahrungsberichten pflegender Jugendlicher wissen wir, dass sie bei Überbelastung oft mit Rückzug reagieren: von ihren Freunden, von gewohnten Freizeitaktivitäten aber auch von der Schule. Nachlassende

Konzentration und Leistung im Unterricht, Schulmeidung und zunehmende soziale Isolation können Folgen sein.“

Bislang seien beim Thema Pflege vor allem Frauen in den Blick genommen worden, sagte Pfeiffer. Dies müsse aber auch für Kinder und Jugendliche geschehen und betrachtet werden, wie staatlicherseits Unterstützung geboten werden könne. Staat und Gesellschaft müssten bei Überforderungssituation pflegender Kinder und Jugendlicher Abhilfe schaffen. „Fakt ist: Lehrkräfte, Sozialarbeiter:innen und selbst ambulante Pflegekräfte in der Familie wissen häufig nicht, dass ein Kind, ein:e Jugendliche:r Angehörige pflegt und käme bei Auffälligkeiten in der Schule oder im Freizeitbereich auch nie auf diesen Gedanken“, erklärte die Sozialdemokratin. „Fakt ist aber auch: Pflegenden Kinder und Jugendliche oder ihre Eltern selbst suchen meist keine externe Hilfe, wenn es brennt. Sie nehmen ihre Situation als selbstverständlich wahr und regeln Überforderungen innerhalb des familiären Systems. Aus Sorge, dass ihre Familien auseinandergerissen werden oder unerwünschte Interventionen erfolgen, wenn ihre Situation bekannt wird, schweigen sie.“

Das Thema erhalte seit wenigen Jahren Aufmerksamkeit, so Pfeiffer. Auch in Bremen stehe man noch am Anfang. So habe die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen/Bremen eine Fachtagung

veranstaltet. In Hemelingen bestehe seit zwei Jahren eine Selbsthilfegruppe für pflegende Jugendliche, und seit Sommer 2022 gebe es auf Initiative aus der SPD-Fraktion heraus ein ehrenamtliches Netzwerk Young Carer mit Interessierten aus Pflege, Jugendhilfe, Universität und Selbsthilfe und Kinderschutz.

„Es gibt noch sehr viel zu tun, und als SPD-Fraktion glauben wir, dass die in unserem Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen hilfreich sein können“, sagte Pfeiffer und nannte die drei zentralen Punkte. „Wir müssen an der Sichtbarkeit für das Thema in den drei Systemen Pflege, Schule und Jugendhilfe, an der gesellschaftlichen Ent-Tabusierung von Pflege und damit verbunden an mehr Wissen um Pflege – und hier besonders über pflegende Kinder und Jugendliche – sowie an konkreten Entlastungen und Hilfen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die unterstützen wollen, ohne überfordert zu werden oder zu sein, arbeiten. Hier setzen wir mit unserem Antrag an, und ich freue mich, dass wir heute einstimmig beschließen, die pflegerischen Leistungen von Kindern und Jugendlichen in unserem Land anzuerkennen und Unterstützung und Entlastungen zu schaffen, wo es gesellschaftliche dringend notwendig ist.“

**>Antrag: Pflegende Kinder und Jugendliche im Land Bremen besser unterstützen!**  
[https://bit.ly/young\\_carer](https://bit.ly/young_carer)

## ANFRAGE **BREMER POSITION IN NATIONALE HAFENSTRATEGIE EINBRINGEN**

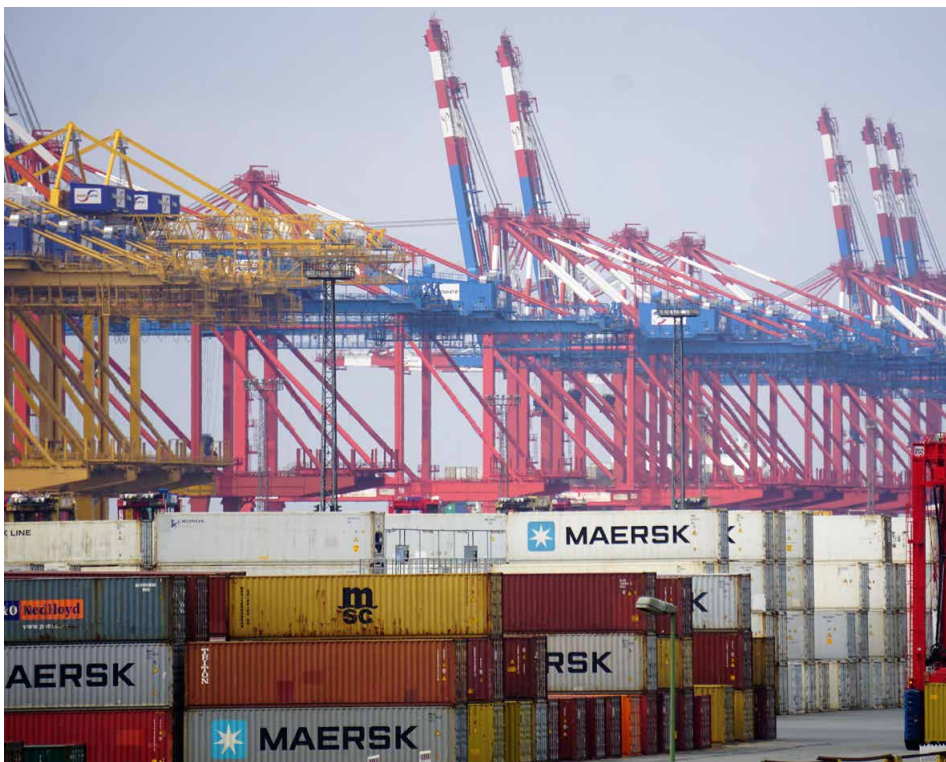
Der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung auf Bundesebene sieht die Entwicklung einer nationalen Hafenstrategie vor. Die Bürgerschaft hat heute in einem fraktionsübergreifenden Antrag, an dem sich auch die SPD-Fraktion beteiligt hatte, dieses Vorhaben unterstützt und den Senat aufgefordert, sich weiter aktiv in den laufenden Prozess der Erstellung einzubringen.

Jörg Zager, hafenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, griff in seiner Rede insbesondere zwei der Beschlusspunkte aus dem Antrag auf. Zum einen nannte er die Fachkräftesicherung. „In unserem Antrag zielt dieser Punkt insbesondere auf die Beschäftigten im Hafen ab“, sagte der Sozialdemokrat. „Es gibt viele Arbeitsplätze mit guten Verdiensten für zumeist nicht-studierte Beschäftigte, die durch Automatisierungsprozesse gefährdet sind. Diese müssen so weit wie möglich gesichert werden. Die Automatisierung darf nicht auf Kosten der Beschäftigten vorstattengehen, sondern muss mit ihnen zusammen gestaltet werden. An den Stellen, wo es nicht möglich ist, müssen Möglichkeiten für Qualifizierungen geschaffen werden. So kann der Hafen auch für andere Fachkräfte wie zum Beispiel IT-Spezialisten und Ingenieure, die für die Transformation gebraucht werden, interessant werden. Gute Arbeitsbedingungen und eine konsequente Fachkräftesicherung zahlen sich auch bei der Suche nach neuen Beschäftigten aus. Sie kann also zum Standortvorteil bei der Fachkräftesicherung und -gewinnung werden.“

Zager weiter: „Was dabei nicht vergessen werden darf ist die Sicherung von Fachkräften auf dem Wasser. Auch hier muss es darum gehen, dass Arbeitsplätze nicht weiter wegbrechen, das Gegenteil sollte der Fall sein. Die Zahl der Arbeitsplätze, wo seemannisches Know How gefordert ist, muss eher ausgeweitet werden. Das beinhaltet zum



Jörg Zager



Beispiel auch, dass Schleppdienstleister oder Festmacherfirmen Ausbildungsplätze anbieten und die öffentliche Hand die entsprechende Zahl an Plätzen an den Berufsschulen zur Verfügung stellt.“

Ein zweiter wichtiger Punkt sei der Ausbau der Seehäfen zu Drehscheiben der Energiewende. „Hier wäre ein Ansatz, über eine eigene Transportflotte von LNG-Schiffen nachzudenken“, so Zager. „Derzeit befinden sich weltweit 600 Tanker auf dem Markt, 250 befinden sich aktuell im Bau. Drei von ihnen fahren unter deutscher Flagge. Da kann man schon die Frage stellen, welche Schiffe bei einem Versorgungsengpass die deutschen Häfen anlaufen – und zu welchem Preis. Aktuell liegt die Charrate bei 500.000 Dollar pro Tag, und dieser Preis wird an die Verbraucher weitergegeben werden.“

Gleiches gelte für den Transport von Wasserstoff. Wenn Tanker die deutschen Häfen anliefen, brauche es eine ausrei-

chende Zahl von Schleppern, die einen Pflanz von mindestens 70 Tonnen haben und gassicher sein müssten, erklärte der Sozialdemokrat. Gebe es zu wenig Schlepper, müsste mit dem Entladen gewartet werden. Auch für den Ausbau der Offshore-Windenergie werde eine große Zahl unterschiedlicher Schiffe benötigt.

„Insgesamt benötigen wir eine vernetzte Denkweise. Denn nur, wenn alle Räder ineinandergreifen, können unsere Häfen ihrer Funktion als Energiehubs gerecht werden“, fasst Zager zusammen und betonte: „Die Bremer Häfen haben nicht nur einen wirtschaftlichen Mehrwert für unsere Region, sondern sind zentral für den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland. Deswegen ist es an der Zeit, dass der Bund nicht nur einen Nutzen aus den Bremer Häfen zieht, sondern sich auch angemessen an deren Finanzierung beteiligt. Daraus folgt, dass der Finanzierungsanteil des Bundes deutlich erhöht werden muss.“



## ANTRAG FINANZIERUNG VON KRANKENHÄUSERN VERBESSERN!

Die Bürgerschaft hat sich heute mit der – bundesweit – angespannten finanziellen Situation von Krankenhäusern befasst. Das Parlament verabschiedete einen Antrag der rot-grün-roten Koalition, der eine andere, krisensichere Finanzierung fordert. „Was wir brauchen – und hier mit diesem Antrag fordern – ist eine grundlegende Umstrukturierung der Krankenhausfinanzierung“, betonte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute Reimers-Bruns.

„Die finanzielle Situation der meisten Krankenhäuser in der Bundesrepublik ist sehr angespannt“, erklärte die Sozialdemokratin. „Einnahmeausfälle durch die Corona-Pandemie, Inflation, steigende Energie- und Sachkosten. Die Lage ist ernst und – wenn wir nicht handeln – für einige Krankenhäuser existenzbedrohend. Das gilt bundesweit und deshalb leider auch für die Kliniken in Bremen und Bremerhaven.“ So fehlten nach Angaben der Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen bis Ende 2023 allein im Land Bremen 143 Millionen Euro.

Krankenhäusern bliebe dabei der Weg anderer Wirtschaftszweige versperrt, über Preiserhöhungen die Einnahmen zu erhöhen, denn die Preise für ihre Leistungen und mögliche Anstiege sei festgelegt. Reimers-Bruns: „Ohne unverzügliche finanzielle Hilfe der Bundesregierung droht in den Kliniken im schlimmsten Fall ein



Ute Reimers-Bruns

massiver Personalabbau, die Sperrung von Betten und die Insolvenz. Das dürfen wir nicht und das werden wir auch nicht zulassen!“

Sie begrüße daher, die inzwischen von der Bundes-



regierung gemachten Zusagen über ein Hilfsprogramm mit einem Volumen von 8 Milliarden Euro, zusätzlich zur geplanten Gas- und Strompreispbremse. Für Kliniken stünden darin demnach sechs und für Pflegeheime zwei Milliarden Euro zur Verfügung, um Mehrkosten beim Bezug von Erdgas, Fernwärme und Strom aufzufangen.

Dies sei ein wichtiger Schritt, betonte Reimers-Bruns. Nötig sei aber eine grundsätzliche Reform des Finanzierungssystems in der Gesundheitsversorgung. „Möglichst billig – das hat ausgedient. Wir müssen weg von einem System, indem im Zweifel operiert wird, weil jeder Fall in der Jahresbilanz zählt! Wenn wir die wirtschaftliche Sicherung aller Krankenhäuser, die zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung benötigt werden, gewährleisten wollen, dann brauchen wir eine Reform der Fallpauschalen. Pauschale Sätze, egal

wo behandelt wird, egal wie gut behandelt wird, das kann nicht richtig sein!“

Sie begrüße daher ausdrücklich, dass Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach dieses System überwinden wolle – etwa auch mit Vorhaltepauschalen. „Ein System billiger Medizin kann nicht unser Anspruch sein“, betonte Reimers-Bruns. Für die anstehende Reform der Krankenhausfinanzierung muss gelten: medizinische Gesichtspunkte stehen vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Alle Patientinnen und Patienten müssen sich darauf verlassen können, überall und gut versorgt zu werden. Und dafür müssen wir natürlich ran ans Vergütungssystem. Uns ist dabei wichtig, dass das neue Finanzierungssystem sowohl die medizinische Qualität fordert und fördert und gleichzeitig eine adäquate Bezahlung aller im Gesundheitssystem Tätigen ermöglicht sowie falsche Anreize im Angebot verhindert.“

## ANFRAGE BESCHÄFTIGUNGSSITUATION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Wie bewertet der Senat das Anliegen des Landesbehindertenbeauftragten, Landesvergaberegulungen so anzupassen, dass neben anerkannten Werkstätten auch Inklusionsunternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt berücksichtigt werden? Will er dies umsetzen? Und mit welchen zusätzlichen oder alternativen Maßnahmen will er die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung weiter verbessern? Das wollte Birgitt Pfeiffer, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, heute in der Fragestunde wissen.

„Der Senat bewertet die Idee, Inklusionsbetriebe über eine bevorzugte Berücksich-

tigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu stärken, sehr positiv und hat daher die Umsetzung dieses Anliegens bereits eingeleitet“, antwortete Sozialsenatorin Anja Stahmann für den Senat. Bis zum Jahresende solle die entsprechende Richtlinie angepasst werden. Abstimmungen mit dem Wirtschaftsressort liefen bereits.

„Der Senat fördert mit dem Regelförderinstrumentarium der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben aus der Ausgleichsabgabe unter anderem Inklusionsbetriebe, für die in Bremen seit 2021 ein Förderprogramm mit attraktiven Förderbedingungen aufgelegt wurde. Das Budget für Arbeit steht im weiteren Fokus der Förderpolitik des

Senates. Es wird im Rahmen eines Modellvorhabens derzeit weiter ausgebaut. Für Menschen, die im Ausbildungsbereich der Werkstatt tätig sind, ist auch das Budget für Ausbildung mittels einer einzelfallbezogenen Prüfung und Entscheidung möglich. Im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten fördert der Senat weitere Modellvorhaben, wie etwa die ‚Digitale Teilhabe am Arbeitsleben‘ an der Hochschule Bremen“, ergänzte Stahmann und erklärte auf Nachfrage Pfeiffers, dass derzeit 275 Menschen mit und ohne Behinderung in insgesamt zehn Inklusionsbetrieben beschäftigt seien, davon 123 besonders betroffene, schwerbehinderte Menschen.

## ANTRAG **MOORE SCHÜTZEN – TORFABBAU REDUZIEREN!**

Abbau und Nutzung von Torf – auch und vor allem für Gartenerde – sollen wirksam reduziert werden. Einen entsprechenden Antrag der rot-grün-roten-Koalition hat die Bürgerschaft heute auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen. „Um das Klima zu retten, müssen wir auch bei uns selbst anfangen und überall schauen, was wir tun können“, sagte der SPD-Abgeordnete Holger Welt in seiner Rede.

Und bei der Verwendung von Gartenerde, so erklärte der Sozialdemokrat, gebe es einiges, was getan werden könne. „Vielen Menschen ist gar nicht bekannt, dass sich in den hohen Türmen von Plastiksäcken vor den Bau- und Supermärkten mit der Aufschrift ‚Gartenerde‘ größtenteils Torf befindet, manchmal bis zu 90 Prozent – der Stoff, aus dem unsere wichtigen Moore bestehen. Ohne es zu wissen oder darüber nachzudenken, tragen wir Hobbygärtner:innen dazu bei, dass unersetzliche Moorlandschaften verloren gehen. Mit dem Torfabbau werden außerdem wertvolle Lebensräume zerstört und die Artenvielfalt gefährdet. Global gesehen sind Moore aber die wichtigsten Kohlenstoffspeicher, da kommen unsere Wälder



Holger Welt

nicht hinterher.“ Moore speicherten mehr Kohlendioxid als jedes andere Ökosystem der Welt, erklärte Welt. Bei einem unklugen Torfabbau werde dieses aber sogar wieder freigesetzt und gelange klimaschädlich in die Atmosphäre. Dies sei fahrlässig und fatal.



Deswegen versuche der heute verabschiedete Antrag, mit einer Vielzahl von Maßnahmen, den Torfabbau zu stoppen und Moore zu schützen. „Wir können den weltweiten Verkauf von Torf und torfhaltiger Erde hier von Bremen aus nicht verhindern“, sagte Welt. „Wir sollten hier vor Ort aber ganz pragmatisch handeln,

die Öffentlichkeit sensibilisieren, zeigen, dass wir es mit dem Klimaschutz auch in Sachen Torf ernst meinen. Hierbei kann das Land Bremen eine Vorreiterrolle einnehmen und an die Informationsarbeit von Umweltschutzverbänden anknüpfen oder mit ihnen kooperieren. Dieser Antrag rettet ganz sicher nicht die Welt, aber er kann ein Mosaikstein sein und auch zum Umweltbewusstsein beitragen.“

**>Antrag: Das Klima schützen: Torfabbau und -nutzung wirksam sukzessive reduzieren**

[https://bit.ly/torfabbau\\_reduzieren](https://bit.ly/torfabbau_reduzieren)

## ANFRAGE **SACHSTAND ZUM SYSTEM FÜR SPIELERSPERREN**

**Nutzen alle nach dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 hierzu verpflichteten Veranstalter:innen und Vermittler:innen öffentlicher Glücksspiele im Land Bremen das Sperrsystem OASIS? Falls nicht, welche Probleme gibt es bei der Einführung dieses Systems? Und hat sich das System aus Sicht des Senats bewährt oder welche Probleme gibt es in der Praxis? Das wollte die SPD-Abgeordneten Ute Reimers-Bruns und Mustafa Güngör heute in der Fragestunde wissen.**

„Alle im Land Bremen erlaubten Standorte zum Vermitteln von Sportwetten, die Spielbank Bremen sowie die Bremer Toto und Lotto GmbH sind an das Spielersperrsystem OASIS angeschlossen“, antwortete Innenstaatsrat Olaf Bull für den Senat. „Bisher können jedoch noch nicht alle Spielhallenbetreiber:innen und Aufsteller:innen von Geldgewinnspielgeräten das Spielersperrsystem OASIS nutzen, da entweder ein Anschluss durch das zuständige Regierungspräsidium (RP) Darmstadt bisher nicht erfolgt ist oder es aufgrund technischer Probleme vor Ort aktuell noch nicht genutzt werden kann. Es wird durch

das RP Darmstadt eine monatliche Übersicht über die durch die Spielhallenbetreiber:innen und Aufsteller:innen getätigten Abfragen über OASIS an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa übersandt. Hieraus ist erkennbar, dass bereits angeschlossene Betreiber:innen das System einsetzen und dass monatlich weitere Betreiber:innen angeschlossen werden. Bezüglich der Wettvermittlungsstellen wird diese monatliche Übersicht an den Senator für Inneres übersandt.“

„Bezüglich der Spielhallenbetreiber:innen und Aufsteller:innen von Geldgewinnspielgeräten konnten durch das RP Darmstadt



Mustafa Güngör

bisher noch nicht alle Registrierungsanträge der Betreiber:innen abgearbeitet werden. Darüber hinaus berichten Betreiber:innen auch über anhaltende technische Probleme, die nur langsam vom RP

Darmstadt behoben werden. Ein aktueller Stand über die noch nicht abgeschlossenen Registrierungsverfahren wurde von dort bisher auch auf Nachfrage nicht der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa übersandt“, sagte Bull, der von vereinzelten technischen Problemen berichtete, aber auch hervorhob, dass die technische Abfragemöglichkeit große Vorteile gegenüber den bisher händisch geführten Listen über Spielersperrern habe.

Auf Nachfrage von Reimers-Bruns erklärte Bull, dass man mit dem Tempo des RP Darmstadt nicht zufrieden sei und dort Druck mache. Auf Nachfrage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Mustafa Güngör erklärte Bull, alle Spielhallen seien an das System angeschlossen, er könne aber nicht sicher bestätigen, dass alle es nutzten. Und von Güngör auf den Umgang damit angesprochen, benannte Bull das Problem, dass die Aufsicht bei zwei verschiedenen Behörden liege. „Als Innenbehörde hätten wir ein Interesse daran, die Aufsicht über den gesamten Bereich zu übernehmen“, erklärte Bull. „Dann würden wir diesen Fragen auch effektiver nachgehen können.“



## ANFRAGE **HOCHWASSERSCHUTZ** IN SPECKENBÜTTEL UND WEDDEWARDEN-OST

Welche Relevanz schreibt der Senat einem adäquaten Hochwasserschutz, respektive einer adäquaten Regenwasserentwässerung, im Gebiet Speckenbüttel und Weddewarden-Ost vor dem Hintergrund prognostizierter Regenwasserereignisse sowie der Versiegelung der Böden zu? Welche Maßnahmen hat er vor diesem Hintergrund geplant und wann sollen diese fertiggestellt sein? Und welche Kommunikationsebene bezüglich des Hochwasserschutzes sowie der Regenwasserentwässerung gibt es zwischen dem Senat und der Bundesregierung, dem Land Niedersachsen, der Stadtgemeinde Bremerhaven und welche Inhalte wurden auf diesen bereits ausgetauscht? Das wollte der Bremerhavener SPD-Abgeordnete Holger Welt heute in der Fragestunde wissen.

„In Folge des Klimawandels mit steigendem Meeresspiegel und zunehmenden Starkregenereignissen schreibt der Senat einem adäquaten Hochwasserschutz und einer adäquaten Regenwasserentwässerung in beiden Gebieten vor dem Hintergrund prognostizierter Regenwasserereignisse sowie der Versiegelung der Böden eine hohe Relevanz zu“, antwortete Maike Schaefer für den Senat.

„Die Entsorgungsbetriebe Bremerhaven (EBB) haben durch den Drittbeauftragten der Stadt Bremerhaven, die Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft mbH, 2010 das Schöpfwerk zur Entwässerung der Neuen Aue, die das Regenwasser Bremerhavens nördlich der Rickmersstraße bis in den Grauwallkanal entwässert, saniert. Weiterhin ist geplant, die Entwässerung des Gewerbegebietes Grauwall, die ebenfalls die Neue Aue nutzt, durch ein Schöpfwerk zu ergänzen. Das Gebiet Weddewarden entwässert in den Grauwallkanal. Für die Entwässerungssituation des Grauwallkanals ist der Wasser- und Bodenverband Grauwall-Gebiet im Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände im Altkreis Wesermünde zuständig. Die Entwässerungssituation im Stadtgebiet Bremerhaven ist in einem Generalentwässerungsplan hydraulisch erfasst. Dieser Plan wird in den nächsten Jahren nach aktuellen Gesichtspunkten von den EBB überarbeitet“, so die Umweltsenatorin weiter. Im Rahmen der Umsetzung der Generalpläne Küstenschutz finde ein regelmäßiger Austausch mit der Bundesregierung, dem Land Niedersachsen sowie den übrigen norddeutschen Küstenländern statt. Zu Fragen der Regenwasserentwässerung im Hinblick auf die Anwendung

entsprechender Vorgaben des technischen Regelwerkes finde im Land Bremen zudem regelmäßig ein wassertechnischer Austausch zwischen den zuständigen Wasserbehörden statt, bei denen in Bremerhaven die senatorische Behörde, der Magistrat und die EBB beteiligt seien.

In mehreren Nachfragen wies Welt darauf hin, dass er sich die Situation mit Fachleuten vor Ort angesehen habe und dass diese hier Handlungsbedarf sähen. Schaefer hingegen verwies darauf, dass das, was ihre Behörde erreiche, im Moment nicht darauf hinweise, dass es dort Hochwasser- und Entwässerungsprobleme gebe. „Was unsere Behörde erreicht, ist, dass vor allem niedersächsische Wasser- und Bodenverbände in ihren eigenen Verbandsgebieten Hochwasserprobleme beklagen“, sagte Schaefer. Bremen habe eine Finanzierung bisher aber abgelehnt, da sich hier im Landesgebiet keine Hochwasserproblematik darstellen lasse. Zudem kündigte Schaefer an, dass sie gerne, wie von Welt gefordert, nach dem Sachstand der Pläne in Bremerhaven nachfrage – die Zuständigkeit aber vor allem bei den Entsorgungsbetrieben Bremerhaven, der Stadt Bremerhaven sowie der Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft liege.

## ANFRAGE **ABFERTIGUNGSSITUATION** AM KREUZFHRTERMINAL

Wie bewertet der Senat die landseitige Abfertigungssituation bei hohem Aufkommen am Kreuzfahrterminal? Wie bewertet er die Möglichkeit, Taxen auch den Zugang zum Kreuzfahrterminal über den Buszugang zu gewähren, um so zu schnelleren Umfahrten zu gelangen? Und sieht er in der Möglichkeit der Nutzung der Ersatzfähre durch Taxen ebenfalls ein probates Mittel, um Verkehrsbehinderungen im Umfeld hohen Passagieraufkommens am CCCB zu verhindern? Das wollte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Martin Günthner, heute in der Fragestunde wissen.

„Die landseitige Abfertigungssituation am Kreuzfahrterminal ist grundsätzlich zufriedenstellend, zu den wenigen Zeitpunkten mit einem besonders hohen Passagier- und damit einhergehenden Verkehrsaufkommen allerdings angespannt“, antwortete der Senat schriftlich. „Ursächlich dafür ist derzeit insbesondere, dass aktuell nur eine Verbindung von und zum Kreuzfahrterminal über die Klappbrücke an der Schleusenstraße besteht. Ergänzend kommen vor Ort Einschränkungen

durch den derzeit laufenden Neubau der Columbuskaje hinzu. Wegen der laufenden Bautätigkeit können insbesondere mobilitätseingeschränkte Gäste und Gäste mit viel Gepäck momentan nur eingeschränkt zwischen dem Terminal und den Schiffen in Außenpositionen transportiert werden. Mit Fertigstellung der Baumaßnahme und nach der Wiederherstellung einer zweiten festen Verbindung zur Columbusinsel werden diese Probleme aufgehoben.“

Ein zügiger Transport der Passagiere von und zum Terminal liege im allgemeinen Interesse des Senats, des Magistrats und selbstverständlich auch der Betriebsgesellschaft.



Martin Günthner

„Letzterer obliegt vor Ort die Verkehrssicherungspflicht für das Betriebsgelände des Kreuzfahrterminals. Im Bereich des Busbahnhofs herrscht gerade zu den Zeiten hohen Passa-

gieraufkommens ein intensiver Ein- und Aussteige-Verkehr und zusätzlich wird das Gepäck ein- und ausgeladen und zwischen Terminal und Bussen hin- und hertransportiert. Eine Durchfahrt von Fahrzeugen aller Art wie auch von Behördenfahrzeugen und Taxen durch diesen Bereich ist zu diesen Zeiten aus Sicherheitsgründen nicht gestattet. Ob ein Zugang für Taxen zum Kreuzfahrterminal über den Buszugang mit den Belangen der Sicherheit der Passagiere und der Mitarbeitenden vor Ort in Einklang zu bringen ist und ob dies zu einem schnelleren Transport der Passagiere führen würde, ist zweifelhaft, da durch den Busbahnhof keine freie Durchfahrt möglich ist“, so der Senat weiter. „Im Verbindungskanal hat grundsätzlich die Schifffahrt Vorrang. Bei Betrieb der Fähre kann die Nutzung des Columbushopper durch Taxen einen Beitrag zur Reduzierung der Verkehrsbehinderungen leisten. Die Senatorin für Wissenschaft und Häfen hat bremenports deshalb gebeten, mit den Taxiunternehmen in Bremerhaven Absprachen über eine mögliche Nutzung der Fähre während der Passagierabfertigung am Kreuzfahrterminal zu treffen.“